

18.01.2013

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

CDU und CSU haben das Jahr 2013 mit klaren politischen Botschaften begonnen. So hat der CDU-Bundesvorstand in seiner „Wilhelmshavener Erklärung“ aufgezeigt, wie die Union weiter gemeinsam für ein starkes Deutschland arbeiten will. Zusammenhalt, generationengerechte Finanzen, eine stabile Währung, gute Bildung und exzellente Wissenschaft, ein wettbewerbsfähiger Mittelstand, moderne Infrastruktur und starke Kommunen sind nur einige der Stichworte auf unserer Agenda. Wir wollen unser Land weiter voranbringen, Punkt für Punkt.

Und die Konkurrenz? Scheitert zunehmend an der Realität. Niemand jedenfalls wird behaupten, dass etwa die öffentlichen Haushalte oder Einrichtungen in rot/grün-regierten Ländern besser aussehen als in den Ländern, wo die Union regiert.

Wer sich wie die SPD auf Klausurtagungen vor allem um Imageprobleme und Umfragewerte des eigenen Kandidaten kümmert, hat eben keine Zeit für konkrete politische Arbeit. Heraus kommen allenfalls unbezahlbare Wunsch-Dir-Was-Papiere, früher eine Domäne der Grünen. Die versuchen währenddessen nicht aufzufallen und so ihre mittelstands- und familienfeindlichen Parteitagebeschlüsse hinter einer scheinbürgerlichen Fassade zu verstecken.

Die aktuellen Steuerpläne der SPD zeigen ihren Widerspruch zwischen Worten und Taten: Wer im Dezember das fertig ausgehandelte Steuerabkommen mit der Schweiz ablehnt und im Januar kaum brauchbare Vorschläge zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung vorlegt, versucht sich nicht ernsthaft an der Lösung der Probleme unseres Landes. Nicht auf wohlfeile Papiere kommt es an, sondern auf Taten.

Wir jedenfalls sind nicht bereit, Milliarden unversteuerten Geldes in der Schweiz liegen zu lassen, so wie SPD und Grüne es gegen alle Vernunft im Vermittlungsausschuss beschlossen haben. Zurückweisen werden wir auch das ideologische Herumpfuschen am Jahressteuergesetz. Wer hier kleinkarierte

Spielchen treibt und Verfassungsurteilen vorgreifen will, kann mit unserem Verständnis nicht rechnen.

Auch die zusätzlichen 580,5 Millionen Euro des Bundes für den weiteren Kita-Ausbau hat man im Bundesrat aus rein parteitaktischen Gründen ausgeschlagen. Gleichzeitig will man den Menschen in Deutschland weismachen, die Bundesregierung liebe Kommunen und Länder bei der Finanzierung des Rechtsanspruches im Stich. Das war Politikversagen auf dem Rücken der Kleinsten. Wir akzeptieren das nicht.

Während die Opposition sich in ihrem Wahlkampf verheddert, arbeiten wir für Deutschland und bringen das Gesetz in dieser Woche daher erneut ein. Man darf gespannt sein, ob die rot/grünen Landesregierungen ein zweites Mal das Angebot der deutschen Volksvertretung ablehnen.

Die Anderen mögen sich mit Wahlkampf-Finten und Fettnäpfchen beschäftigen. Für uns gilt: Die Bundestagswahl findet erst im Herbst statt. Bis dahin ist noch viel zu tun. Wir arbeiten weiter für Deutschland.

Wir verbinden Freiheit und Verantwortung des Einzelnen mit Solidarität und Gerechtigkeit der Gemeinschaft. Darauf können die Menschen sich verlassen. Oder wie man in Niedersachsen sagt: So machen wir das.

In diesem Sinne wünschen wir allen Menschen in unserem Land ein gutes Jahr 2013!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, which appears to be "A. Matfeldt".

Erdgasförderung

Ich habe vor einiger Zeit über die Medien und meine Homepage dazu aufgerufen, bei dem November-Erdbeben aufgetretene Schäden bei mir zu melden. Darauf habe ich zahlreiche Reaktionen erhalten. Als für den Kreis Verden zuständiger Abgeordneter möchte ich nun herzlich zu einem Stammtisch der durch das Erdbeben Betroffenen einladen. Das Zusammentreffen soll eine Möglichkeit sein, sich über das Ausmaß der Schäden, mögliche Schadensregulierungen, Kontakte mit den zuständigen Behörden und Versicherungen auszutauschen. Stattfinden wird das Treffen am Montag, den 21. Januar 2013 um 19 Uhr im Landgasthaus Alter Krug, Völkerser Landstraße 69, 27299 Langwedel-Völkersen. Ich bitte um Anmeldung per Email an andreas.mattfeldt@bundestag.de oder telefonisch unter 030 227 71322. Anwesend sein wird auch die Ortsbürgermeisterin Susanne Gröper, mit der ich gemeinsam

Gespräche mit dem Landesbergamt sowie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe geführt habe. Außerdem habe ich in ihrem Beisein mit der RWE Dea über eine Schadensregulierung gesprochen. Derzeit nimmt ein von der RWE finanzierter Gutachter alle Schäden auf – sicherlich wird auch das Thema an diesem Abend sein.

Aber auch in Berlin bin ich ganz und gar nicht untätig was dieses Thema angeht. Im Gegenteil, ich habe in meiner Fraktion eine Initiative gestartet, die Rahmenbedingungen für die Erdgasförderung zu verbessern und habe hierzu eine Gruppe von betroffenen Abgeordneten gegründet, um gemeinsam mit ihnen für Änderungen zu kämpfen.



Bundesfamilienministerin Schröder in Oyten

In dieser Woche hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Axel Miesner und mir die Kita Am Berg in Oyten besucht. Diese Kita ist eine von bundesweit rund 4.000 Schwerpunkt Kitas „Sprache und Integration“. Die Einrichtungen werden vom Bund im Rahmen der „Offensive Frühe Chancen“ gefördert. Insgesamt stellt der Bund für die Initiative mehr als 400 Millionen Euro bereit.



Im Rahmen der Offensive Frühe Chancen werden im Landkreis Verden elf Kitas vom Bund unterstützt, sodass sie eine Halbtagskraft zur Sprachförderung einstellen können. Jede geförderte Einrichtung erhält 25.000 Euro pro Jahr und wenn sich Kitas zusammenschließen, erhalten sie im Verbund 50.000 Euro pro Jahr. Ich habe mir bereits die Arbeit von einigen dieser elf Kitas vor Ort angesehen und bin begeistert, wie erfolgreich sie arbeiten. Dies ist ein Beispiel dafür, dass man sehen kann, das Geld kommt dort an, wo es hinsoll. Mir als Mitglied des Haushaltsausschusses ist es sehr wichtig, sorgsam mit dem vom Steuerzahler hart erarbeiteten Geld umzugehen. Es ist meine Aufgabe, darauf zu achten, dass es nicht versickert, sondern dort ankommt wo es gebraucht wird. In diesen Kitas kann man sehen, dass das Geld dort hilft, wo es benötigt wird.

50 Jahre Élysee-Vertrag

Der am 22. Januar 1963 von Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle im Pariser Élysee-Palast unterzeichnete Vertrag markiert einen Wendepunkt in den deutsch-französischen Beziehungen. Die alten „Erbfeinde“ fanden einen Weg über die Gräben und Grenzen der Vergangenheit aufeinander zu. Kriege und Demütigungen, lange Zeit an der Tagesordnung der beiden Staaten, sind nicht mehr vorstellbare Ereignisse, es sind Kapitel in Geschichtsbüchern.

Mit der vor fünfzig Jahren beschlossenen engen deutsch-französischen Zusammenarbeit unternahmen die beiden Staaten einen beispiellosen Schritt aufeinander zu.

Auch das Leben der einzelnen Bürger der beiden Staaten hat sich in Folge bereichert. Das habe ich in meiner Rede im Plenum an meinem Beispiel verdeutlicht.

chen können: Ohne die deutsch-französische Freundschaft gäbe es mich heute wahrscheinlich nicht. Als Kind eines Franzosen ist es für mich schwer vorstellbar, dass meine beiden Großväter theoretisch gegeneinander gekämpft und dabei hätten umkommen können. Mit dem deutsch-französischen Jugendwerk, mit den immer offeneren Grenzen, mit Städtepartnerschaften und schließlich einem gemeinsamen Fernsehsender wächst Verständnis füreinander, wächst eine gute Nachbarschaft, wächst die deutsch-französische Freundschaft. Wir begehen daher mit Stolz und Freude die gemeinsame Sitzung des Bundestages und der Assemblée nationale in der nächsten Woche in Berlin.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range